Institut für Kirche und Gesellschaft
Evangelische Kirche von Westfalen

Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 02304/755-347, Fax: 02304/755-318
E-Mail: gunda.vonfircks@kircheundgesellschaft.de
Internet: www.kircheundgesellschaft.de

Schwerte, 04. März 2025

Dran bleiben!
8. März 2025 Internationaler Frauentag - wichtiger denn je!

„Die verschiedenen Frauenbewegungen in Deutschland haben bis heute viel erreicht. Aber es steht weiterhin auch viel auf dem Spiel“, so fasst es Nicole Richter, Gleichstellungsbeauftragte der Evangelischen Kirche von Westfalen mit Blick auf den Internationalen Frauentag zusammen. „Wir sehen das Erstarken einer konservativen bis rechtsextremen Politik in Deutschland, Europa und weltweit, die die Selbstbestimmung von Frauen einschränkt.“ „Und wir sehen vornehmlich Männer, die politische Diskurse und Themen bestimmen und männliche Rollenbilder verkörpern, von denen wir dachten, sie würden sich langsam transformieren.“, ergänzt Martin Treichel, Landesmännerpfarrer der EKvW.

Auch in Zahlen sind Frauen in Deutschland politisch unterrepräsentiert: So ist der Frauenanteil im Bundestag nach der Wahl weiter gesunken und liegt nun bei 32,4 Prozent. Grund für den Rückgang des Frauenanteils im neuen Bundestag ist vor allem das Erstarken der Union und der AfD. Der Frauenanteil in den Bundestagsfraktionen liegt bei nur 23,1 Prozent (Union) und rund 11,8 Prozent (AfD). Den höchsten Frauenanteil im neuen Bundestag stellen die Grünen mit 61,2 Prozent und die Linken mit 56,2 Prozent.

„Es braucht eine Politik, die Frauen fördert, ihre politischen Anliegen ernstnimmt und umsetzt – gerade auch, wenn rechtsextreme Kräfte versuchen, Frauenrechte ebenfalls zurückzudrängen“, meint Dr. Jan-Dirk Döhling, Dezernent für gesellschaftliche Verantwortung der EKvW und Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft (IKG). „Dabei ist ergänzend zu berücksichtigen, dass die Anliegen von Frauen eng mit anderen Diskriminierungsformen verzahnt sind. Gleichberechtigung ist darum auch politisch stets ganzheitlich zu denken.“, so Dr. Alena Höfer, Referentin für Frauenpolitik und intersektionalen Feminismus im IKG.

Ein Erfolg für Frauenrechte konnte gerade noch am 31. Januar 2025 gefeiert werden - als der Bundestag dem Gewalthilfegesetz zugestimmt hat. Das Gewalthilfegesetz sieht einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder ab 2032 vor. Frauenhäuser und Beratungsstellen sollen ausgebaut und sicher finanziert werden. Der Bund beteiligt sich erstmals an der Finanzierung. Auch die wichtige Präventionsarbeit in Frauenhäusern und Beratungsstellen, sowie in der Täterarbeit soll dieses Gesetz verstärken. Birgit Reiche, Leitende Pfarrerin der Ev. Frauenhilfe in Westfalen e.V.: „Das Gesetz gibt für die Frauenhäuser endlich Rechtssicherheit. Allerdings muss die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen schon vor 2032 deutlich verbessert werden, damit der Ausbau wirklich stattfinden kann.“ Fazit: Der Internationaler Frauentag ist wichtiger denn je. Dran bleiben!

Verantwortlich: Gunda von Fircks (023 04/755 347)